

## KARIKATUR DER WOCHE



Roger Schawinski zieht in den Kampf für UKW.

## Uno-Friedenseinsätze müssen schlanker werden

*Geostrategische Spannungen bieten Uno-Missionen eine Chance für amerikanisch-chinesische Kooperation. Internationale Friedenseinsätze werden nach der Pandemie dringlicher. Gastkommentar von Almut Wieland-Karimi*

Die Welt kämpft mit einer Pandemie und ihren Folgen. Viele Staaten waren oder sind im Lockdown, währenddessen gingen Kriege und Konflikte unvermindert weiter. Sie sind nicht in Quarantäne gegangen – sei es in Afghanistan oder in Jemen, in der Ukraine oder Nagorni Karabach, in Mali oder der Demokratischen Republik Kongo. Die Sekundärfolgen von Covid-19, insbesondere wachsende Ungleichheit sowie Notlagen in humanitärer Hinsicht, verschärfen diese Konflikte. Die Münchener Sicherheitskonferenz spricht im Lichte der vielfältigen Auswirkungen von einer Polypandemie.

### Grossmacht Konkurrenz

Wir befinden uns in Umbruchszeiten. Die amerikanische politische und militärische Hegemonie geht zu Ende, China ist eine aufstrebende, wirtschaftlich orientierte neue Grossmacht. Geostrategische Spannungen zwischen diesen beiden Grossen sind an der Tagesordnung; die jüngste Begegnung ihrer Aussenminister in Alaska war in doppeltem Sinne unterkühlt. Stellvertreterkriege zwischen Regionalmächten wie Russland und der Türkei oder auch Saudiarabien und Iran breiten sich aus. Eine neue multipolare globale Ordnung ist noch in der Entwicklung, es herrscht Grossmacht Konkurrenz und Regionalmacht Wettbewerb. Auf diese Dynamiken hat Covid-19 wie ein Katalysator gewirkt. Da verwundert es nicht, dass der Aufruf des Uno-Generalsekretärs zu einem globalen Waffenstillstand zu Beginn der Pandemie ungehört verhallte.

Friedenseinsätze der Uno (und auch von Regionalorganisationen) haben sich in diesen Pandemiezeiten als relativ krisenfest erwiesen – trotz schwie-

rigen Bedingungen wie Aussetzen von Personalrotationen, Ausgangsbeschränkungen und Verminderung des Kontakts zur Bevölkerung. Jedoch hat die weltweite Aufmerksamkeit für Krisen und Konflikte nachgelassen, während ihre Komplexität weiter zunimmt: Viele dieser Konflikte stehen unter dem Einfluss einer unüberschaubaren Anzahl an staatlichen und nichtstaatlichen Konfliktparteien. Nicht nur Stellvertreterkriege, sondern auch deren Auftraggeber nehmen an Diversität zu.

Seit dem sogenannten Arabischen Frühling im Jahr 2011 haben sich mehr bewaffnete Gruppen gebildet als in den neun Jahrzehnten zuvor. Mehrere hundert Konfliktparteien kämpfen stellvertretend für Partikularinteressen beispielsweise in Libyen oder Syrien. Sie haben durch die Pandemie entstandene Machtvakuen für sich genutzt.

Auch Uno-Friedenseinsätze befinden sich im Umbruch. Die Ära der grossen, multidimensionalen Stabilisierungs- und Friedenseinsätze geht ihrem Ende entgegen. Der Rückgang des klassischen Uno-Peacekeeping hat schon vor Jahren begonnen – aufgrund wachsender Nationalismen, zunehmender Skepsis der Gastländer gegenüber internationalen Einsätzen und der Kürzung des US-Budgets für die Uno-Einsätze unter Präsident Trump. Alte grosse Missionen schliessen, wie gerade die 13 Jahre dauernde Mission Unamid in Darfur. Die Schliessung von Monusco in der Demokratischen Republik Kongo wird nach über zwei Jahrzehnten folgen. Covid-19 und seine globalen finanziellen Folgen könnten diese Dynamiken verstärken.

Neue hybride und hoch technologisierte Konflikttypen, Herausforderungen wie Klimawandel und Migration sowie die massive Urbanisierung

erfordern zudem neue Arten von Uno-Friedenseinsätzen, etwa kleinere politische Missionen ohne Militärbeteiligung, wie sie bereits im Irak oder in Kolumbien im Einsatz stehen. Gleichzeitig gibt es einen Trend zur Regionalisierung, etwa in Richtung der Afrikanischen Union, die immer mehr Verantwortung auf ihrem Kontinent übernimmt.

Mit dem bekennenden Multilateralisten Joe Biden als US-Präsident könnte es neue Realitäten sowie eine Rückorientierung auf alte Bündnisse und Werte geben. Offen ist, ob bzw. wie sehr sich das Uno-Engagement der neuen US-Administration tatsächlich von dem der vorangegangenen unterscheiden wird, wenn es um Konflikte und Einsätze geht. Biden hat im Wahlkampf finanzielle Rückstände der USA gegenüber der Uno angeprangert und unterstrichen, dass die Uno-Einsätze im nationalen US-Interesse seien. Zudem entspräche der jährliche Beitrag zum Uno-Peacekeeping mit einer guten Milliarde US-Dollar (von insgesamt nur etwa sechs Milliarden jährlich) nur etwa 0,5 Prozent des US-Verteidigungsetats – oder etwa 0,37 Prozent der weltweiten Militärausgaben.

Eines ist sicher: Mit Biden und der Uno-Botschafterin Linda Thomas Greenfield ist ein höf-

licherer Ton in die amerikanische Aussenpolitik und damit auch in den Uno-Sicherheitsrat eingebracht. Die aufstrebende Macht China zeigt immer mehr Engagement in Uno-Friedenseinsätzen. Sie ist deren zweitgrösster Financier und stellt weitaus mehr Personal als die anderen vier ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat. China baut seine Stellung aus, stellt bereits 4 von 15 Leitungen von Uno-Agenturen und ist Partner in internationalen Foren zu Friedenseinsätzen. Seine Interessen folgen der neuen Seidenstrassen-Initiative, einer aussenpolitischen Strategie zur Absicherung von Infrastrukturprojekten. Mandatsaufgaben in Friedenseinsätzen wie Menschenrechte und Stärkung demokratischer Institutionen stehen weniger in Chinas Fokus.

### Überlappende Interessen

Uno-Missionen bieten eine Chance für amerikanisch-chinesische Kooperation in einem geschützten Kooperationsraum, in dem es überlappende Interessen gibt – wie die Stabilisierung bestimmter Regionen, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, auf dem etwa vier Fünftel aller derzeitigen Uno-Einsätze tätig sind, und als kosteneffizientes Instrument internationaler Zusammenarbeit.

Wenn es um den Schutz der Zivilbevölkerung, die Überwachung von Waffenstillständen oder die Entwaffnung von Kombattanten geht, sind sich die USA und China vielfach einig. Kleinere politische Missionen haben auch den Vorteil, weniger in die Souveränität von Krisenstaaten einzugreifen (was China erfreuen dürfte) und natürlich preiswerter zu sein (ein Hauptaugenmerk der USA).

In einer multipolaren Welt ist es zunehmend schwierig, Konsens im Uno-Sicherheitsrat – dem einzigen globalen Gremium für Frieden und Sicherheit – zu erreichen. Das hat auch Deutschland während seiner zweijährigen Mitgliedschaft schmerzhaft erlebt. Uno-Einsätze sind vom politischen Willen zu gemeinsamem Handeln, von Finanzierung und Personal seitens der 193 Mitgliedsstaaten abhängig. Sie sind ein Spiegel der globalen Ordnung.

Internationale Friedenseinsätze werden nach der Pandemie dringender denn je gebraucht. Gleichzeitig treffen wachsende humanitäre Bedarfe auf schrumpfende finanzielle Mittel. Diesen Entwicklungen kann nicht mit alten Mitteln begegnet werden. Friedenseinsätze müssen deshalb neu gedacht werden – flexibler, schlanker, kurzlebiger und fokussierter.

Bei der Uno und ihren Mitgliedsstaaten ist somit Adaptionfähigkeit gefragt. Das weiss man am East River in New York. Und bestimmt auch in Washington D. C. und in Peking. Vielleicht gibt es Hoffnung auf Konfliktbelegungen durch praktische internationale Teamarbeit, wie der gelebte Multilateralismus auch genannt wird.

Almut Wieland-Karimi ist Geschäftsführerin des Berliner Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF).

Wenn es um den Schutz der Zivilbevölkerung, die Überwachung von Waffenstillständen oder die Entwaffnung von Kombattanten geht, sind sich die USA und China vielfach einig.